

DIE GEORGISCH-RUSSISCHEN BEZIEHUNGEN

ZWISCHEN NOTWENDIGKEIT UND AMBIVALENZ

Canan Atilgan / Florian C. Feyerabend



Dr. Canan Atilgan leitet das Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaukasus der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Tiflis, Georgien.

Am 27. Juni 2014 hat Georgien das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet, das eine wichtige Wegmarke auf dem europäischen Weg der jungen südkaukasischen Demokratie darstellt. Ebenfalls hat das Land Fortschritte in der Annäherung an das euro-atlantische Verteidigungsbündnis erzielt. Bereits im April 2008 hatten die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten auf dem Bukarest-Gipfel der Aufnahme Georgiens in das nordatlantische Bündnis zugestimmt. Zwar hat das Land den ersehnten Mitgliedschaftsaktionsplan noch nicht zugestanden bekommen, dafür aber ein „substanzielles Paket“, das es auf eine hohe Integrationsstufe hebt.



Florian C. Feyerabend ist Trainee im Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaukasus der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Seit der Unabhängigkeit vor knapp 25 Jahren verfolgt Georgien eine klare außenpolitische Linie Richtung Westen. Insbesondere nach der Rosenrevolution 2003 hat das Land seine Integration in euro-atlantische Strukturen vorangetrieben. Dabei geht es Georgien, das sich in besonderer Weise russischen Hegemonialbestrebungen ausgesetzt fühlt, vor allem auch um Sicherheitsgarantien für seine Souveränität und territoriale Integrität. Der Krieg von 2008 ist fest im Gedächtnis der Georgier verankert, den sie als eine Bestrafungsaktion Russlands für den georgischen Widerstand gegen die russische Machtpolitik und für die ausgeprägte Orientierung nach Westen erlebt haben. Vor dem Hintergrund der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der aktuellen Krise in der Ukraine sieht sich Georgien in seiner Einschätzung bestätigt, dass Russland sein so genanntes nahes Ausland als exklusive Interessenssphäre betrachtet und bereit ist, einer Ausweitung westlichen Einflusses mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Entsprechend befürchtet das Land einen steigenden russischen Druck und Folgewirkungen für die eigene Sicherheit.¹



Präsidentenwahl in Georgien: Nach dem Sieg bei der Parlamentswahl 2012 gewann auch bei den Präsidentenwahlen 2013 mit Giorgi Margwelaschwili ein Kandidat des Georgischen Traums. Die Amtsübergabe gilt als erster demokratischer Machtwechsel in Georgien. | Quelle: Marco Fieber, flickr ©①②③④.

War unter der Saakaschwili-Administration das Verhältnis zu Russland durch Abgrenzung und Konfrontation geprägt, bemüht sich die seit 2012 in Tiflis regierende Koalitionsregierung Georgischer Traum in bewusster Abgrenzung zur Politik der Vorgängerregierung um einen pragmatischeren Ansatz im Umgang mit Moskau. Durch die Entspannungsbemühungen der georgischen Regierung konnte allerdings bislang keine grundsätzliche Verbesserung der georgisch-russischen Beziehungen erreicht werden. Der schleichenden Annexion der abtrünnigen Gebiete Abchasien und Südossetien durch Russland hat die Regierung in Tiflis nichts Substantielles entgegenzusetzen. Zugleich bedient sich Russland von Moskau unterstützter zivilgesellschaftlicher und politischer

1 | Vgl. Liana Fix, „Georgia Knocking on Europe’s Door. Russia, Georgia, and the EU Association Agreement“, *DGAPkompakt*, 10, 06/2014, <https://dgap.org/de/article/getFullPDF/25499> [25.06.2015]; Alexander Rondeli, „Georgia-Russia: From negative to positive uncertainty“, *Expert Opinion*, 3, 2013, http://gfsis.org/media/download/library/articles/Expert_Opinion_ENG_3.pdf [25.06.2015]; Michael Cecire, „Georgia’s Fifth Column Stirs“, *The American Interest*, 19.05.2014, <http://the-american-interest.com/2014/05/19/georgias-fifth-column-stirs> [25.06.2015].

Organisationen, um den weiterhin von der Mehrheit der georgischen Bevölkerung getragenen pro-westlichen außenpolitischen Grundkonsens zu unterminieren.

Dies regt dazu an, die seit jeher ambivalenten und konfliktreichen Beziehungen zwischen Tiflis und Moskau zu reflektieren, und eine Bilanz der zwischen Konfrontation und Beschwichtigung schwankenden georgischen Außenpolitik vis-à-vis Russland zu ziehen. Inwieweit konnte der seit 2012 regierende Georgische Traum sein Wahlversprechen einer Normalisierung der Beziehungen zum großen Nachbarn umsetzen? Was sind die Auswirkungen der Krim Annexion? Welche *soft power*-Instrumente stehen Russland in Georgien zu Verfügung?

EIN KURZER HISTORISCHER ABRISS DER GEORGISCH-RUSSISCHEN BEZIEHUNGEN

Historisch betrachtet lassen sich die georgisch-russischen Beziehungen mit den Begriffen „Notwendigkeit und Ambivalenz“² umschreiben. Aufgrund seiner geografischen Lage zwischen Europa und Asien und der unmittelbaren Nachbarschaft zu expandierenden muslimischen Reichen im Süden suchte Georgien im ausklingenden 18. Jahrhundert den Schutz durch das ebenfalls nach geografischer Expansion strebende orthodoxe Zarenreich. So wurde Russland zunächst einerseits als christliche Schutzmacht und europäische Modernisierungskraft wahrgenommen. Zugleich entwickelte sich andererseits im 19. Jahrhundert der georgische Nationalstaatsgedanke in direkter Ablehnung des als „unzivilisiert und unfrei“³ wahrgenommenen imperialistischen Zarenreichs. Selbstbestimmung und staatliche Souveränität konnten kurzzeitig in der Demokratischen Republik Georgien (1918 bis 1921) realisiert werden. Nach dem Einmarsch der Roten Armee im Februar 1921 wurde Georgien der Sowjetunion angeschlossen, ehe es nach 70-jähriger Sowjetherrschaft im Frühjahr 1991 die Unabhängigkeit wiedererlangen konnte. Eine kurze Phase nationalistischer, dezidiert anti-russischer Politik unter dem ersten Präsidenten Georgiens Swiad Gamsachurdia endete bereits 1992 mit der Machtübernahme durch Eduard Schewardnadse, der eine multivektorale Außenpolitik verfolgte. In Anerkennung geografischer Gegebenheiten, wirtschaftlicher Verflechtungen und sicherheitspolitischer Abhängigkeiten wurde das Element der „Notwendigkeit“

2 | Stephen Jones, *Georgia. A Political History Since Independence*, London, 2013.

3 | Ebd.

mit dem Beitritt zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (1993), der Unterzeichnung eines Georgisch-Russischen Freundschaftsvertrages (1995), der Stationierung russischer Friedenstruppen in der abtrünnigen Provinz Abchasien und der Akzeptanz russischer Militärbasen auf georgischem Territorium verwirklicht. Das Element der „Ambivalenz“ manifestierte sich allerdings darin, dass sich Georgien bereits seit den Anfängen seiner Unabhängigkeit zugleich auch dem Westen zuwandte, indem es an dem NATO-Programm „Partnerschaft für Frieden“ partizipierte und Europarat, Weltbank und Internationalem Währungsfonds beitrug.⁴ Bereits unter Georgiens zweitem Präsidenten Schewardnadse wurden somit die Grundlagen für die Westorientierung Georgiens gelegt, die dann später von Saakasschili forciert vorangetrieben werden sollte.

Auch wenn Georgien 1993 der GUS beitrug, wandte sich das Land durch Beitritte zum Europarat oder zur Weltbank früh auch dem Westen zu.

GEORGIENS ABTRÜNNIGE GEBIETE ALS SPIELBALL RUSSISCHER AUSSENPOLITIK

Die Machtübernahme Schewardnadses war das Resultat einer verfehlten Minderheitenpolitik sowie einer von Idealismus und Nationalismus bestimmten Außenpolitik unter Georgiens erstem Präsidenten Swiad Gamsachurdia, in Folge dessen Georgien in Chaos und Bürgerkrieg versank. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit von der Sowjetunion verfolgte die georgische Führung unter Gamsachurdia im nationalen Taumel eine chauvinistische, ethnozentrierte Politik und versäumte es, Rücksicht auf die Belange nationaler Minderheiten im eigenen Land zu nehmen. Im Zuge der zunehmenden politischen Nationalisierung des Landes wuchs die Unzufriedenheit in den autonomen Territorien Georgiens. Abchasien, nach der Oktoberrevolution 1917 für kurze Zeit unabhängig und seit 1931 eine Autonome Republik innerhalb Georgiens, erklärte im Juli 1991 seine Unabhängigkeit vom Mutterland, in Folge dessen ein Bürgerkrieg ausbrach, der erst im Herbst 1993 mit einem Waffenstillstand und der Schaffung einer VN-Beobachtermission sowie der Stationierung einer auf einem GUS-Mandat fußenden russischen Friedenstruppe endete. Zeitgleich mit dem Bürgerkrieg in Abchasien fand 1992 auch ein Bürgerkrieg in Südossetien statt, das innerhalb Georgiens den Status einer Autonomen Region innehatte und sich bereits vor der Unabhängigkeit Georgiens von Tiflis losgesagt hatte. Dieser Konflikte endete noch im gleichen Jahr mit einem Waffenstillstandsabkommen,

das Russland ebenso wie in Abchasien eine militärische Präsenz im Rahmen einer so genannten Friedensmission ermöglichte. Auch die Autonome Region Adscharien unter Führung von Aslan Abaschidze versuchte, sich der Kontrolle der Zentralregierung in Tiflis zu entziehen. In Adscharien konnte aber eine gewaltsame Konflikteskalation sowie eine Abtrennung der Region verhindert werden.

Abb. 1

Georgien mit den Sezessionsgebieten Abchasien und Südossetien



Georgiens Konfliktregionen Abchasien und Südossetien: Russland nutzte die Bürgerkriege in Abchasien (1991-1993) und Südossetien (1992), um seine militärische Präsenz in der Region zu verstärken. | Quelle: © racken.

In den Konflikten um Abchasien und Südossetien verfolgte der Kreml von Anbeginn an eine doppelgleisige Politik. Zum einen erkannte man die territoriale Integrität Georgiens an und trat als friedenssichernde Macht auf, zum anderen war die De facto-Sezession Abchasiens und Südossetiens jedoch aktiv von Moskau unterstützt und gefördert worden. Eine Aufrechterhaltung des Status quo der „eingefrorenen“ Konflikte lag dabei im russischen Interesse, da man hierdurch nicht nur militärische Präsenz im Südkaukasus sicherstellen, sondern auch Einfluss auf die Politik von Tiflis nehmen konnte.

Georgien hielt weiterhin seinen Anspruch auf territoriale Integrität aufrecht, übte jedoch seit Mitte der 1990er Jahre keine staatliche Kontrolle mehr über die Territorien aus. Der georgische Versuch, nach einer Serie russischer Provokationen eine militärische Lösung der eingefrorenen Konflikte herbeizuführen, scheiterte. Seit dem Fünf-Tage-Krieg im August 2008 ist die Trennung der beiden Gebiete vom georgischen Mutterland

so gefestigt wie nie. In Folge der militärischen Auseinandersetzung erkannte Russland Abchasien und Südossetien als souveräne Staaten an, der russischen Linie folgten weltweit jedoch nur Staaten wie Venezuela,

Nicaragua und Nauru. In der Realität handelt es sich bei Abchasien und Südossetien nicht um eigenstaatliche Gebilde, sondern um Satellitenstaaten, die politisch, militärisch und wirtschaftlich von Moskau abhängig sind und deren Einwohner größtenteils die russische Staatsbürgerschaft angenommen haben.⁵ Die russische Intervention im August 2008 wurde mit humanitären Motiven begründet und erfolgte explizit mit dem Verweis auf die Notwendigkeit des Schutzes von „russischen Bürgern“⁶ – ein Muster, das sich im Zuge der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim 2014 wiederholen sollte.

Bei Abchasien und Südossetien handelt es sich nicht um eigenstaatliche Gebilde, sondern um Satellitenstaaten, die politisch, militärisch und wirtschaftlich von Moskau abhängig sind.

DIE SAAKASCHWILI-ÄRA: WESTORIENTIERUNG UND KONFRONTATIONSKURS MIT RUSSLAND

Die militärische Eskalation des Konflikts 2008 ist nur vor dem Hintergrund der nach dem Machtwechsel im November 2003 forcierten Westorientierung Georgiens zu verstehen. Denn der Erfolg der „Rosenrevolution“ leitete nicht nur eine Phase innenpolitischer Reformen und nationalstaatlicher Erneuerung ein, sondern stellte auch einen Wendepunkt in den georgisch-russischen Beziehungen dar. Die Revolutionäre der „Vereinigten Nationalen Bewegung“ um den neuen Staatspräsidenten Saakaschwili hatten der georgischen Bevölkerung drei Versprechungen gegeben: „Demokratisierung, Stärkung von Staatlichkeit und Wiederherstellung territorialer

- 5 | Für eine aktuelle Überblicksdarstellung der Konflikte um Abchasien und Südossetien vgl. Canan Atilgan/Mikheil Sarjveladze, „Georgien und seine abtrünnigen Gebiete: Kein Fortschritt in Sicht“, *KAS Auslandsinformationen*, 6/2012, 08.06.2012, S. 6-24, <http://kas.de/wf/de/33.31263> [29.06.2015].
- 6 | Russland hatte in den vorangegangenen Jahren eine gezielte Einbürgerungspolitik betrieben, so dass die abchasische und die südossetische Bevölkerung 2008 mehrheitlich die russische Staatsbürgerschaft besaß.

Integrität“.⁷ Die natürlichen Partner für die Umsetzung dieser Versprechen sah Saakaschwili in der westlichen Staatenwelt, zunächst in der Annäherung an die USA und die NATO.

2004 setzte Russland kurzfristig Gaslieferungen an Georgien aus und erhöhte selektiv die Preise – eine Methode, die auch gegenüber der Ukraine und Armenien Anwendung fand.

Parallel dazu verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Tiflis und Moskau und wurde zunehmend konfrontativer. Im Winter 2004 setzte Russland kurzfristig Gaslieferungen an Georgien aus und nahm im Anschluss eine selektive Preiserhöhung vor – eine Methode, die später unter anderem auch gegenüber der Ukraine und Armenien Anwendung finden sollte.⁸ Anfang 2006 verhängte Russland dann ein einseitiges Handelsembargo (Einfuhrverbote für Wein und Mineralwasser) gegen die südkaukasische Republik. Der Konfrontationskurs gipfelte in einem diplomatischen Eklat, als im Spätsommer des gleichen Jahres ein russischer Spionagering in Georgien öffentlichkeitswirksam enttarnt wurde, in Folge dessen Russland alle See-, Land-, Luft- und Postrouten nach Georgien einstellte und georgische Gastarbeiter aus Russland deportierte.⁹ Die Spannungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen wurden begleitet von persönlichen Animositäten zwischen dem georgischen Präsidenten Saakaschwili und seinem russischen Antipoden. Das größte Manko der russischen Politik gegenüber Georgien war, dass Moskau das südkaukasische Land vornehmlich unter geopolitischen Gesichtspunkten betrachtete und stets auf militärische Macht und wirtschaftlichen Druck setzte. Die gegenseitigen militärischen Provokationen seit 2007 kulminierten schließlich in dem georgisch-russischen Krieg vom August 2008.¹⁰ Dieser Krieg führte dem Westen nicht nur die Verwundbarkeit des Ost-West-Korridors vor Augen, er ließ auch eine baldige NATO-Mitgliedschaft Georgiens in weite Ferne rücken.¹¹ Eine direkte Folge der bewaffneten

7 | Uwe Halbach, „Bilanz einer ‚Farbrevolution‘. Georgien im politischen Wandel 2003–2013“, *SWP-Studie*, S. 24, 12/2013, http://swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S24_hlb.pdf [29.06.2015].

8 | Vgl. Thomas Kunze/Henri Bohnet, „Zwischen Europa und Russland – Zur Lage der abtrünnigen Republiken Transnistrien, Abchasien und Südossetien“, *KAS-Auslandsinformationen*, 1/2007, 07.02.2007, S. 6-30, <http://kas.de/wf/de/33.10097> [29.06.2015].

9 | Vgl. Svante Cornell, „Getting Georgia Right“, *Centre for European Studies*, 2013, http://martenscentre.eu/sites/default/files/publication-files/getting_georgia_right_-_website.pdf [29.06.2015].

10 | Vgl. Aschot Manutscharjan, „Abchasien und Südossetien – Russlands Intervention in Georgien (August 2008)“, *KAS-Auslandsinformationen*, 10/2008, 27.11.2008, S. 59-83, <http://kas.de/wf/de/33.15189> [29.06.2015].

11 | Vgl. Cornell, Fn. 9.

Auseinandersetzung war neben dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Georgien und Russland und dem Austritt Georgiens aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten auch der Zusammenbruch aller Bemühungen, die bis dahin zur Regelung der beiden inneren Konflikte um die Sezessionsgebiete von Abchasien und Südossetien unternommen worden waren.



Militärparade in Tiflis: Der fünftägige Krieg zwischen Russland und Georgien führte zum Austritt Georgiens aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. | Quelle: Rob Sinclair, flickr ©111.

Neu geschaffen wurde nach dem georgisch-russischen Krieg und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen indes das Instrument der Genfer Gespräche. Diese sind das einzige Forum, in dem alle Konfliktparteien gemeinsam mit Vertretern der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der EU und den USA über Fragen der Sicherheit und Stabilität in der Region beraten. Vornehmlich geht es um Vertrauensbildung und humanitäre Fragen. Bis zum georgischen Regierungswechsel 2012 stellten die Genfer Gespräche, die regelmäßig, aber ergebnislos tagen, den einzigen diplomatischen Gesprächskanal zwischen Tiflis und Moskau dar, ehe im November 2012 der georgische Botschafter Surab Abaschidze zum Sondergesandten für die Beziehungen zu Russland ernannt wurde und mit den Prager Gesprächen eine bilaterale Plattform des Austausches geschaffen wurde. Im Rahmen der in Prag stattfindenden Gespräche verhandelt Surab Abaschidze mit dem stellvertretendem

Außenminister Russlands, Grigorij Karasin, über die Verbesserung der georgisch-russischen Beziehungen.

NACH DEM MACHTWECHSEL 2012 IN GEORGIEN: EINE BILANZ DER NORMALISIERUNGSBESTREBUNGEN

Die Ära Saakaschwili endete mit den Parlamentswahlen 2012 und den Präsidentschaftswahlen 2013, in Folge dessen eine aus sechs Parteien bestehende Koalition Georgischer Traum unter der Führung des Milliardärs Bidzina Iwanischwili an die Regierung gelangte. Die neue politische Führung bekannte sich einerseits zu einer Fortsetzung der Integrationsbemühungen in europäische und euro-atlantische Strukturen und bezeichnete den pro-westlichen Kurs als unumkehrbar. Andererseits versprach der Georgische Traum auch eine rasche Normalisierung der Beziehungen zu Russland. Diese Kursanpassung wurde vom westlichen Ausland explizit begrüßt, da man sich hierdurch eine Verringerung der Spannungen und einen Zugewinn an Stabilität und Sicherheit erwartete.

Der Spagat zwischen Westorientierung einerseits, sowie Ausgleich mit Russland andererseits spiegelte die in der Bevölkerung vorherrschende Ambivalenz im Verhältnis zu Moskau wieder.

Auch spiegelte dieser Spagat zwischen Westorientierung einerseits sowie Ausgleich mit Russland andererseits die in der Bevölkerung vorherrschende Ambivalenz im Verhältnis zu Moskau wider. Zwar genießen die Annäherungsbestrebungen an NATO und EU hohe Zustimmungswerte innerhalb der Bevölkerung und man betrachtet Russland weitgehend als Gefahr für die Sicherheit und Souveränität Georgiens. Zugleich wünscht man sich jedoch auch eine Normalisierung der Beziehungen – insbesondere wirtschaftlich und kulturell – zum großen Nachbarn im Norden. Damit verbunden ist die Erwartung breiter Teile der Bevölkerung, durch Handel eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation herbeizuführen. Einer aktuellen Umfrage nach sprechen sich 85 Prozent der georgischen Bevölkerung daher für einen Dialog mit Russland aus und 59 Prozent bewerteten die Russlandpolitik der Regierung als positiv.¹² Und bereits 31 Prozent sprechen sich für einen Beitritt zur Eurasischen Union aus, fast doppelt so viele wie noch vor einem Jahr.¹³

12 | Vgl. International Republican Institute, „Public Opinion Survey: Residents of Georgia. February 3-28, 2015“, http://iri.org/sites/default/files/wysiwyg/iri_georgia_public_2015_final_0.pdf [29.06.2015].

13 | Vgl. Davit Sichinava/Laura Thornton, „Public Attitudes in Georgia: Results of a April 2015 survey carried out for NDI by CRRC Georgia“, *National Democratic Institute*, https://ndi.org/files/NDI%20Georgia_April%202015%20Poll_Public%20Political_ENG.pdf [29.06.2015].



Die Region Kakheti ist das Hauptweinanbaugebiet Georgiens: Lediglich beim Export landwirtschaftlicher Güter, insbesondere von Weinerzeugnissen, gibt es Abhängigkeiten von Russland. | Quelle: Mzuriana, flickr ©1©©©.

Mit dem Amtsantritt von Premierminister Iwanischwili im Oktober 2012 wurde nicht nur der Tonfall gegenüber Moskau versöhnlicher, sondern man versuchte auch über das neue bilaterale Format der Prager Gespräche unter Ausklammerung sicherheitspolitischer Aspekte auf pragmatische Art und Weise Fortschritte in scheinbar wenig sensiblen Bereichen wie Transport, Handel, Landwirtschaft, Visa und humanitären Angelegenheiten zu erreichen.¹⁴ Die Bemühungen der Regierung in Tiflis wurden von Moskau insofern honoriert, als dass das seit 2006 bestehende Importverbot für georgische Agrarerzeugnisse wie Wein und Mineralwasser 2013 aufgehoben wurde, in Folge dessen sich die georgische Agrarhandelsbilanz um 250 Millionen US-Dollar verbessern und der Agrarsektor 2013 ein starkes Wachstum von elf Prozent aufweisen

14 | Vgl. Ghia Nodia, „Divergent interests: What can and cannot be achieved in Georgian-Russian relations“, in: Kornely Kakachia/Michael Cecire (Hrsg.), *Georgian Foreign Policy. The Quest for Sustainable Security*, Tiflis, 2013, http://kas.de/wf/doc/kas_37002-1522-1-30.pdf [29.06.2015].

konnte. Insgesamt verdoppelten sich Georgiens Weinexporte gegenüber 2012. Inzwischen gehen mehr als zwei Drittel der Weinexporte nach Russland.¹⁵ Daher bestehen zwar im Export landwirtschaftlicher Güter, insbesondere von Weinerzeugnissen, Abhängigkeitsverhältnisse gegenüber Russland. In der Gesamtschau betrachtet besteht jedoch keine Abhängigkeit vom großen Nachbarn, der nur zehn Prozent der Gesamtexporte ausmacht. Auch energiepolitisch spielt Russland nur eine geringe Rolle, da Georgien rund 90 Prozent seines Erdgases aus Aserbaidschan bezieht.

Nicht nur hinsichtlich der Aufhebung des Handelsembargos, auch im Bereich der zivilen Luftfahrt konnte die georgische Regierung Erfolge erzielen. Im Zuge der so genannten

Seit Oktober 2014 gibt es wieder regelmäßige Flüge auf der Route Tiflis – Moskau. Von Januar bis März 2015 besuchten über 128.000 russische Touristen Georgien.

Spionagekrise im Oktober 2006 hatte Russland alle Luftverbindungen nach Georgien eingestellt. Nach einer kurzzeitigen Wiederaufnahme der Flugverbindungen im März 2008 kam der Flugverkehr nach dem Augustkrieg vollständig zum Erliegen. Seit Oktober 2014 jedoch gibt es wieder regelmäßige Flüge auf der Route Tiflis – Moskau und damit verbunden kam es zu einem Anstieg der russischen Geschäfts- und Privatreisen nach Georgien. Alleine in den ersten drei Monaten des Jahres 2015 besuchten über 128.000 russische Touristen die südkaukasische Republik.¹⁶ Im April 2015 wurde schließlich bekannt, dass sich die zivilen Luftfahrtbehörden Russlands und Georgiens unter schweizerischer Vermittlung auf eine Erweiterung und Intensivierung der Flugrouten nach Russland geeinigt haben.¹⁷

Dass das Wohlwollen gegenüber und das Interesse des Kremls an einer vollständigen Normalisierung der Beziehungen mit Georgien begrenzt ist, musste die georgische Regierung schmerzhaft erfahren, als russische Sicherheitskräfte im Frühjahr und Herbst 2013 damit begonnen, die administrative Grenzlinie zwischen dem russisch-kontrollierten Südossetien und Georgien in Verletzung

15 | Vgl. Stephan von Cramon-Taubadel, „Georgiens Agrarexporte – Chancen und Risiken“, *GET Georgien Newsletter*, Nr. 2, 01-02/2015, http://get-georgia.de/wp-content/uploads/2014/10/Newsletter_02_2015_GET_Georgien.pdf [29.06.2015].

16 | Vgl. Georgian National Tourism Authority, „Besucherzahlen nach Herkunftsland (2015)“, Georgian National Tourism Authority, 04/2015, <http://gnta.ge/statistics> [01.05.2015].

17 | Vgl. „Tbilisi, Moscow Agree on Expanding Direct Regular Flights“, *Civil Georgia*, 15.04.2015, <http://civil.ge/eng/article.php?id=28197> [29.06.2015].

der Waffenstillstandsvereinbarung von 2008 auf von Georgien kontrolliertes Gebiet zu verrücken und mit Stacheldrahtzäunen zu befestigen.¹⁸ Dies stellte sich als schwere Hypothek für die Nachhaltigkeit des neuen Kurses der georgischen Regierung dar, die nicht nur eine Normalisierung der Beziehungen anstrebte, sondern zugleich auch im Umgang mit den abtrünnigen Provinzen einen versöhnlichen Ansatz pflegte.¹⁹ So hatte der Georgische Traum nach Regierungsantritt 2012 mit der Ernennung des Konfliktforschers Paata Zaqareishwili zum Staatsminister für Reintegration ein personalpolitisches Zeichen gesetzt, da Zaqareishwili zuvor als einer der größten Kritiker des Umgangs der Regierung Saakaschwili mit Abchasien und Südossetien in Erscheinung getreten war. Auch wurde das für die Lösung der Territorialkonflikte zuständige Ministerium, das seit 2008 den Titel „Staatsministerium für Reintegration“ trug, Anfang 2014 in „Staatsministerium für Versöhnung und Bürgerliche Gleichheit“ umbenannt.²⁰ Die De facto-Regierungen Abchasiens und Südossetiens hatten die alte Bezeichnung stets als Affront aufgefasst und sich jeglichem Dialog mit dem Staatsministerium widersetzt. Bereits im März 2013 hatte das georgische Parlament in einer fraktionsübergreifenden außenpolitischen Resolution den bereits 2010 vom damaligen Präsidenten Saakaschwili verkündeten einseitigen Gewaltverzicht zur Wiederherstellung der territorialen Integrität bekräftigt.²¹

Mit der Ernennung des Konfliktforschers Paata Zaqareishwili zum Staatsminister für Reintegration hat der Georgische Traum 2012 ein personalpolitisches Zeichen gesetzt.

Das strategische Interesse Russlands zielt offensichtlich darauf ab, einen Kurs der weiteren Annäherung und Integration Georgiens in europäische und euro-atlantische Strukturen zu verhindern, wobei die ungelösten Territorialkonflikte eine wichtige Rolle spielen. Eine Lösung der Konflikte in absehbarer Zeit lässt sich

18 | Vgl. Shaun Walker, „Russian ‚borderisation‘: barricades erected in Georgia, say EU monitors“, *The Guardian*, 23.10.2013, <http://theguardian.com/world/2013/oct/23/russia-borderisation-barricades-erected-georgia-eu> [29.06.2015]; „EUMM Reports on Resumption of ‚Borderisation““, *Civil Georgia*, 29.11.2013, <http://civil.ge/eng/article.php?id=26741> [29.06.2015].

19 | Vgl. Canan Atilgan/Christina Schmitz, „Die Regierung ‚Georgischer Traum‘: Eine erste Bilanz“, KAS-Länderbericht, 19.11.2012, http://kas.de/wf/doc/kas_32797-1522-1-30.pdf [29.06.2015].

20 | Vgl. „State Ministry for Reintegration Renamed“, *Civil Georgia*, 02.01.2014, <http://civil.ge/eng/article.php?id=26842> [29.06.2015].

21 | Vgl. „Georgia Makes ‚Unilateral Pledge‘ of Non-Use of Force“, *Civil Georgia*, 23.11.2010, <http://civil.ge/eng/article.php?id=22880> [29.06.2015]; vgl. „Parliament Adopts Bipartisan Resolution on Foreign Policy“, *Civil Georgia*, 07.03.2013, <http://civil.ge/eng/article.php?id=25828> [29.06.2015].

daher nicht erkennen, ganz im Gegenteil haben sich die Fronten vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Ukraine und in Folge der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens Georgiens mit der EU sowie nach dem NATO-Gipfel in Wales nochmals verhärtet. Mit dem so genannten substanziellen Paket bleibt Georgien knapp unter dem ersehnten Mitgliedschaftsaktionsplan, bekommt aber ein Paket, das unter anderem Ausrüstungshilfe, Aus- und Weiterbildung, gemeinsame Manöver, eine Verbesserung der Interoperabilität sowie die Schaffung eines NATO-Trainingszentrum auf georgischem Staatsgebiet vorsieht. In Reaktion auf die Entscheidung der NATO ließ der russische Außenminister Sergej Lawrow verkünden, dass Russland bereit sei, auf Versuche des Westens, „Georgien in die NATO zu zerrén“, entsprechend zu reagieren.²²

NACH DER ANNEXION DER KRIM: STATUS DER ABTRÜNNIGEN PROVINZEN

Angesichts solcher russischen Drohungen und aufgrund der eigenen leidvollen Erfahrungen mit Moskau werden die russischen Aggressionen in der Ukraine in Georgien aufmerksam und mit großer Sorge verfolgt. Sowohl die Regierung des Georgischen Traums als auch die parlamentarischen Oppositionsparteien verurteilten die Annexion der Krim und das russische Vorgehen in der Ostukraine aufs Schärfste. In der Bevölkerung wurden durch Moskaus Vorgehen Erinnerungen an den Augustkrieg 2008 hervorgerufen und so bewerten laut einer aktuellen Umfrage des International Republican Institute inzwischen 76 Prozent der Bevölkerung Russland als die größte Gefahr für Georgien.²³

Als Zeichen der politischen Solidarisierung besetzen Vertreter der georgischen Partei Vereinigte Nationale Bewegung als Reformexperten wichtige Posten in der ukrainischen Regierung.

Im Konflikt mit Russland hat sich Georgien daher konsequenterweise mit der Ukraine solidarisiert. Die oppositionelle Vereinigte Nationale Bewegung spielt dabei eine Vorreiterrolle. Vertreter der Partei besetzen als Reformexperten Posten in der ukrainischen Regierung. Prominentestes Beispiel ist zweifelsohne der ehemalige Präsident Saakaschwili, der nach dem Erfolg des Euro-Majdans zunächst dem internationalen Beratergremium Poroschenkos vorstand und unlängst zum Gouverneur der strategisch wichtigen Schwarzmeerprovinz Odessa ernannt wurde. Darüber hinaus hat der ehemalige georgische Gesundheitsminister Alexander Kwitaschwili nun in Kiew das

22 | „Russia to Respond to Attempts to Drag Georgia Into NATO – Lavrov“, *Sputnik News*, 18.02.2015, <http://sptnkne.ws/jhJ> [29.06.2015].

23 | Vgl. International Republican Institute, Fn. 12.

gleiche Amt übernommen. Analoges gilt für Georgiens ehemalige stellvertretende Innenministerin Eka Zguladze, den ehemaligen stellvertretenden Justizminister Gia Getsadze sowie Georgiens stellvertretenden Generalstaatsanwalt a.D. David Sakwarelidze. Sie alle dienen nun in gleicher Funktion dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko. Ob und welche Konsequenzen diese politische Solidarisierung und personelle Verflechtung mit der ukrainischen Regierung auf die russisch-georgischen Beziehungen haben werden, ist nicht absehbar. Allerdings wird die aktive Rolle Saakaschwilis in Russland gewiss mit viel Argwohn beobachtet.



Michail Saakaschwili auf einer Kundgebung der Euro-Majdan-Bewegung: Zahlreiche Vertreter der georgischen Partei Vereinigte Nationale Bewegung unterstützten als Zeichen ihrer politischen Solidarisierung die Maidan-Bewegung und die Regierung Poroschenko. | Quelle: © Alexey Kudenko, RIA Novosti, picture alliance.

Russland hat nach wie vor – in grober Verletzung des Waffenstillstandsabkommens von 2008 – eine beträchtliche Zahl Soldaten in den abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien stationiert und unterstützt diese Territorien politisch, militärisch und wirtschaftlich. Innenpolitisch ist die Stabilität in den Gebieten nur eingeschränkt gewährleistet. Finanziell können sich weder Abchasien noch Südossetien ohne Russland über Wasser halten.²⁴ In unmittelbarem Zusammenhang mit den Ereignissen auf der Krim wurden in Südossetien Stimmen laut, die eine Eingliederung des Gebiets in die Russische Föderation – und damit eine Vereinigung mit Nordossetien – forderten. Die Bevölkerung Abchasiens hingegen ist mehrheitlich gegen einen Beitritt zur Russischen

24 | Vgl. Atilgan/Sarjveladze, Fn. 5.

Föderation und unterstützt den Kurs der De facto-Regierung nach Anerkennung staatlicher Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Vertiefung der Beziehungen zu den Ländern der russisch dominierten Zollunion.

Mit dem 2014 unterzeichneten „Abkommen über Bündnis und strategische Partnerschaft“ wurde eine Angliederung Abchasiens an die Russische Föderation vollzogen.

Ungeachtet dessen unterbreitete der Kreml Mitte Oktober 2014 der international nicht anerkannten Republik Abchasien einen Integrationsvertrag, der schließlich noch im gleichen Jahr in Sotschi als „Abkommen über Bündnis und strategische Partnerschaft“ unter Protesten aus Tiflis unterzeichnet wurde. Die Umsetzung des Abkommens sieht unter anderem eine Bildung gemeinsamer Armeekräfte, eine Angleichung der Standards an die Vorgaben der russisch dominierten Eurasischen Zollunion, Personenfreizügigkeit und eine Verdoppelung der Moskauer Finanzhilfen vor.²⁵ Damit wurde – ohne es beim Namen zu nennen – eine Angliederung Abchasiens an die Russische Föderation vollzogen. Zeitgleich wurde bekanntgegeben, dass ein ähnliches Abkommen auch mit Südossetien angestrebt werde, welches schließlich im März 2015 unterzeichnet wurde und eine fast vollständige wirtschaftliche und militärische Angliederung an Russland vorsieht.²⁶

Die stärkere Heranführung der abtrünnigen Regionen an Russland erfolgte nur wenige Monate nach der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen Georgien und der EU. Manch einer hatte eine Annexion der abtrünnigen Gebiete oder eine Eskalation der Territorialkonflikte durch Moskau bereits im Vorfeld der Unterzeichnung des Abkommens erwartet, um so Georgien mittels *hard power* von einer weiteren Annäherung an europäische Strukturen und Institutionen abzubringen.²⁷ Die Erfahrungen des russisch-georgischen Kriegs 2008 sowie die Ereignisse in der Ukraine haben Befürchtungen geweckt, dass sich nicht ausschließen lässt, dass Moskau auch in Georgien militärisch intervenieren könnte. Diese Sorgen werden vor allen Dingen von Oppositionspolitikern der Saakaschwili-Partei Vereinigte Nationale Bewegung geteilt. So wird darauf hingewiesen, dass die Distanz zwischen den russischen Stützpunkten in Südossetien und der russischen Militärbasis im armenischen Gjumri lediglich 250 Kilometer beträgt. Für

25 | Vgl. „Moscow, Sokhumi Endorse Final Text of New Treaty“, *Civil Georgia*, 22.11.2014, <http://civil.ge/eng/article.php?id=27841> [29.06.2015].

26 | Vgl. „Moscow, Tskhinvali Sign ‚Integration Treaty‘“, *Civil Georgia*, 18.03.2015, <http://civil.ge/eng/article.php?id=28143> [29.06.2015].

27 | Vgl. Fix, Fn. 1.

Verunsicherung auf georgischer Seite sorgten auch Berichte über eine von Russland vorangetriebene Verbindungsstraße durch den Großen Kaukasus zwischen dem der Russischen Föderation zugehörigen Dagestan und Ostgeorgien.²⁸ Ein russischer Vormarsch von Südossetien oder Dagestan aus würde nicht nur Georgien zerteilen, sondern auch die Hauptverkehrsader und den Energietransitkorridor zwischen Kaspischem und Schwarzem Meer unterbrechen. Ein militärisches Eingreifen Russlands in Georgien zur Verhinderung einer weiteren europäischen und euroatlantischen Annäherung ist zurzeit jedoch das am geringsten wahrscheinliche Szenario. Zugleich demonstrieren derartige Szenarien, wie sehr sich Georgien in seiner Existenz durch Russland bedroht sieht.

RUSSLANDS *SOFT POWER*-ANSÄTZE IN GEORGIEN

Weitaus realer ist die Gefahr, die von russischen *soft power*-Ansätzen ausgeht. Eine gezielte Beeinflussung der öffentlichen Meinung könnte sich dabei als wirkungsvollstes Handlungsinstrument erweisen, um langfristig den gesellschaftlichen Grundkonsens einer an EU und USA orientierten Außenpolitik zu unterminieren. Dem Kreml stehen hierbei verschiedene Verbündete zur Verfügung, derer er sich bedienen kann.

Zum einen fördert Russland gezielt Nichtregierungsorganisationen mit eindeutigen Bezeichnungen wie „Eurasian Choice“, „Eurasian Institute“ und „Slavic World“ sowie Medien wie beispielsweise „NewsGeorgia.ru“, um öffentlichkeitswirksam anti-westliche Propaganda zu verbreiten und einen Gegendiskurs zu etablieren, der auf einer Ablehnung westlich-freiheitlicher Werte aufbaut und stattdessen traditionelle gesellschaftliche Werte, Konservatismus und orthodoxes Christentum betont. Die westliche Welt und ihre angeblichen Werte werden als dekadent, verkommen und unmoralisch diffamiert. Dem wird häufig eine imaginierte heile und reine orthodoxe Welt, angeführt von Russland, als moralisch überlegen gegenübergestellt. Vielfach werden von diesen Organisationen auch politische Verschwörungstheorien verbreitet. Der Grundtenor, die Methoden und die Zielgruppen gleichen sich von geringen Nuancen abgesehen bei allen Organisationen. Die meisten Formate richten sich an bildungsferne Schichten und die ländliche

Russische Medien diffamieren die westliche Welt und ihre Werte als dekadent und verkommen. Dem wird eine heile orthodoxe Welt als moralisch überlegen gegenübergestellt.

28 | Vgl. Valery Dzutsev, „Experts See Planned Russian Road Connecting Dagestan to Georgia as Threat to Latter“, *Eurasia Daily Monitor* 11/223, 15.12.2014, <http://goo.gl/sCsiLq> [29.06.2015].

Bevölkerung in den Provinzen. Eine Ausnahme stellt hierbei die Organisation Eurasian Choice dar, die sich mit ihren Aktivitäten an gebildete Schichten wendet und auch scheinseriöse Meinungsumfragen durchführen lässt. Das Onlineportal NewsGeorgia.ru wiederum versucht über eine tendenziöse Nachrichtenberichterstattung und russischsprachige Medienangebote ein positives Russlandbild in Georgien zu verbreiten. Alleingegenommen ist der Einfluss dieser Organisationen und Medien auf den öffentlichen Diskurs Georgiens noch als marginal einzustufen, allerdings wird deren Wirkung steigen, sollte das Assoziierungsabkommen mit der EU und die notwendige legislative Angleichung mit Herausforderungen verbunden sein und keine spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen mit sich bringen. Eindeutig zugenommen haben die Aktivitäten der pro-russischen Organisationen seit der Unterzeichnung des Vertrages.²⁹

Es besteht durchaus die Gefahr, dass das Patriarchat instrumentalisiert wird, um den bislang noch relativ marginalen anti-westlichen Diskurs zu befördern. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit stellt die orthodoxe Kirche die am meisten respektierte und einflussreichste Institution der georgischen Gesellschaft dar. Auch spielt für 83 Prozent der Georgier die Religion eine wichtige Rolle bei alltäglichen Entscheidungen.³⁰

Die Kirche ist auch ein gewichtiger politischer Akteur, der sich proaktiv in gesellschaftliche und politische Entscheidungen einmischt und dabei teilweise rückwärtsgewandte Normen vertritt. Dies hat sich beispielsweise in dem Konflikt zwischen der orthodoxen Kirche und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für die Rechte von religiösen, ethnischen, aber auch sexuellen Minderheiten einsetzen, gezeigt. Höhepunkt waren die gewaltsamen Ausschreitungen gegen LGBTI-Aktivist*innen am 17. Mai 2013, an denen maßgeblich Priester der orthodoxen Kirche beteiligt waren.³¹ Ebenfalls spielte die Kirche eine umstrittene Rolle im Zuge der Diskussion um das Antidiskriminierungsgesetz. Die Kirche leistete aktiven Widerstand gegen die Verabschiedung des für die weitere

29 | Interview von hochrangigen Mitarbeitern des georgischen Nationalen Sicherheitsrats (anonymisiert) zum Thema „Aktivitäten pro-russischer NROs und Medien in Georgien“ durch Florian C. Feyerabend am 04.05.2015.

30 | Vgl. Sichinava/Thornton, Fn. 13.

31 | Vgl. Amnesty International, „Georgia: Homophobic violence mars Tbilisi Pride event“, 17.05.2013, <http://amnestyusa.org/news/news-item/georgia-homophobic-violence-mars-tbilisi-pride-event> [29.06.2015].

Annäherung an die EU wichtigen Anti-Diskriminierungsgesetzes und hat Änderungen im Gesetzestext erwirkt.³² Insbesondere in Bezug auf ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten vertritt die Kirche eine intolerante Position. Organisierte radikale Gruppen wie die „Orthodoxen Eltern“ gelten offiziell nicht als Organisation der Kirche, doch wird geduldet, dass sie radikale Positionen im Namen der Kirche verbreiten.



Einweihung einer Kirche in Rustavi: In Georgien mischt sich die orthodoxe Kirche regelmäßig in gesellschaftliche und politische Entscheidungen ein. Von manchen wird sie deshalb auch als „Fünfte Kolonne Moskaus“ bezeichnet. | Quelle: Mzuriana, flickr ©©©©.

Manche Beobachter beschreiben die Kirche daher wenig differenziert als „Fünfte Kolonne Moskaus“,³³ dies spiegelt jedoch nicht die Komplexität der Beziehungen zwischen der autokephalen georgisch-orthodoxen Kirche und dem russisch-orthodoxen Patriarchat wider und negiert zudem die Existenz gemäßiger Strömungen innerhalb der georgischen Kirche. Unübersehbar ist jedoch, dass die von Kirchenvertretern geäußerten teils dezidiert illiberalen und anti-westlichen Aussagen eine Herausforderung für die weitere Annäherung des Landes an europäische Strukturen darstellen. Zwischen dem in Umfragen immer wieder festgestellten Bekenntnis der Bevölkerung zu Europa einerseits und einem

32 | Vgl. „Georgia’s Orthodox Church Opposes Antidiscrimination Bill“, *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 29.04.2014, <http://rferl.org/content/georgias-orthodox-church-opposes-antidiscrimination-bill/25366250.html> [29.06.2015].

33 | Cecire, Fn. 1.

zugleich von vielen Bürgern Georgiens akzeptierten erzkonservativen und traditionellen Wertesystem andererseits besteht eine Diskrepanz. Die Kirche könnte hier als Transmissionsriemen eines im Zuge der Annäherung an Europa notwendigen Wertewandels wirken. Bislang wurde diese Rolle jedoch nicht akzeptiert und stattdessen ein panorthodoxes Normenverständnis mit Russland betont.

Die verlässlichsten potenziellen Partner Russlands finden sich in der georgischen Parteienlandschaft. Ein Grundproblem stellt hierbei die bis zu einem gewissen Grad erfolgte Monopolisierung des pro-westlichen Narratives durch die „Vereinigte Nationale Bewegung“ unter der Regierung Saakaschwili dar.

Für politische Gruppierungen und Parteien, die auf einer Anti-Saakaschwili-Plattform Wähler mobilisieren, besitzt ein anti-westlicher Diskurs eine gewisse Attraktivität.

Europäische und euro-atlantische Annäherung werden somit im kollektiven Gedächtnis mit der Person Saakaschwili verknüpft. Für politische Gruppierungen und Parteien, die auf einer Anti-Saakaschwili-Plattform Wähler mobilisieren, besitzt ein anti-westlicher Diskurs daher eine gewisse Attraktivität. Offen pro-russische Positionen besetzen bislang jedoch nur die beiden Parteien Demokratische Bewegung – Vereintes Georgien der ehemaligen Rosenrevolutionärin und vormaligen Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse sowie die Patriotische Allianz Georgiens. Beide Parteien gehören der außerparlamentarischen Opposition an. Bei den Präsidentschaftswahlen 2013 landete die im Wahlkampf durch homophobe Aussagen aufgefallene Burdschanadse mit über zehn Prozent auf dem dritten Platz. Aktuelle Umfragen zufolge verfügen beide Parteien zusammengenommen über ein Wählerpotenzial von bis zu 19 Prozent.³⁴ Wie auch bei den pro-russischen Nichtregierungsorganisationen besteht auch zumindest bei Burdschanades Partei der Verdacht auf eine Parteifinanzierung durch Moskau.

AUSBLICK

Drei Jahre nach Regierungsantritt des Georgischen Traums hat sich der Ton zwischen Moskau und Tiflis in einem gewissen Grad entschärft. Auch konnten im bilateralen Dialog mit Russland in einigen Bereichen geringfügige Fortschritte und Erfolge erreicht werden. Einer nachhaltigen Normalisierung oder grundsätzlichen Verbesserung der georgisch-russischen Beziehungen sind jedoch Grenzen gesetzt. Solange Russland militärische Macht sowie politischen Druck als Hauptinstrumente der Außenpolitik gegenüber

34 | Vgl. International Republican Institute, Fn. 12.

Georgien benutzt, wird das georgisch-russische Verhältnis von Konfrontation, Misstrauen und Angst geprägt bleiben. Solange Russland das Prinzip der territorialen Integrität sowie das Recht eines jeden Landes, frei über seine Zukunft zu entscheiden, nicht akzeptiert, wird es keine Vertrauensgrundlage für eine Normalisierung geben.

Bis zum Regierungswechsel in Tiflis vor knapp drei Jahren war vor allem auch das europäische Ausland überzeugt, dass die russisch-georgische Konfrontation aufgrund fehlenden politischen Willens nicht ausgeräumt werden kann. Die Ereignisse der letzten Jahre haben allerdings offenbart, dass der russischen Politik das kooperierende Element fehlt, dass Russland nicht als attraktiver Partner für die Nachbarstaaten auftritt, sondern dass es Moskau vornehmlich um territorial definierte Einflussphären geht. So zielt das strategische Interesse Russlands gegenüber Georgien primär darauf ab, einen Kurs der weiteren Annäherung und Integration in europäische und euro-atlantische Strukturen zu verhindern. In Bezug auf die abtrünnigen Provinzen ist daher von Moskau insbesondere vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Ukraine und in Folge der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens Georgiens mit der EU sowie nach dem NATO-Gipfel in Wales kein Entgegenkommen zu erwarten. Ganz im Gegenteil versucht der Kreml inzwischen auch durch *soft power*-Instrumente den weiterhin von der Mehrheit der georgischen Bevölkerung getragenen pro-westlichen außenpolitischen Grundkonsens zu unterminieren. Keine außenpolitische Grundsatzentscheidung ist unumkehrbar. Georgien braucht von Europa verlässliche Perspektiven als sichtbare Wertschätzung seiner euro-atlantischen Entscheidung.